

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 22/2025

30. Mai 2025

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz über die Einrichtung und die Aufgaben einer Innenrevision im Geschäftsbereich (VwV Innenrevision SMWA) vom 13. Mai 2025 566

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds Plus im Förderzeitraum 2021 bis 2027 vom 8. Mai 2025 568

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses für das Verkehrsbauvorhaben „Bestandsnahe Gleiserneuerung Großenhainer Straße zwischen Riesaer Straße und Trachenberger Platz“ vom 28. April 2025 ... 570

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Absage des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zum Antrag auf Errichtung und Betrieb einer Halbleiterfabrik (1. Teilgenehmigung) der Firma European Semiconductor Manufacturing Company (ESMC) GmbH am Standort Robert-Bosch-Ring, 01109 Dresden Gz.: 44-8431/2825 vom 9. Mai 2025 ... 572

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung des Stahl- und Walzwerkes einschließlich Nebenanlagen der Firma ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH am Standort 01591 Riesa, Gröbaer Straße 3 Gz.: 44-8431/2402 vom 13. Mai 2025 573

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der „FUS-Stiftung“ Gz.: 20-2245/797 vom 23. April 2025 577

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Vogtlandkreis über die Genehmigung der 1. Änderung der Satzung des Planungszweckverbandes „Industrie- und Gewerbegebiet Autobahnanschlusstelle Reichenbach/Vogtl.“ vom 16. April 2025 vom 22. April 2025 578

1. Änderung der Satzung des Planungszweckverbandes „Industrie- und Gewerbegebiet Autobahnanschlusstelle Reichenbach/Vogtl.“ 578

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz über die Einrichtung und die Aufgaben einer Innenrevision im Geschäftsbereich (VwV Innenrevision SMWA)

Vom 13. Mai 2025

I.

Organisation, Zuständigkeit

1. Im Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz ist eine Innenrevision eingerichtet. Die Innenrevision ist auch für das Oberbergamt, die Digitalagentur Sachsen und das Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit zuständig.
2. Die Innenrevision ist direkt dem Amtschef oder der Amtschefin unterstellt. Sie ist organisatorisch der Abteilung 1 zugeordnet.
3. Soweit der Auftrag sicherheitsrelevante Bereiche betrifft, müssen die betreffenden Bediensteten der Innenrevision für die entsprechende Sicherheitsstufe ermächtigt sein.

II.

Ziele und Aufgaben

1. Die Innenrevision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Beratungsleistungen können auf Anregung von und in Abstimmung mit den Organisationseinheiten erbracht werden. Die Innenrevision setzt den Amtschef oder die Amtschefin hierüber in Kenntnis. Die Innenrevision unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese verbessern hilft.
2. Aufgabe der Innenrevision ist die Durchführung von Risikoanalysen nach dieser Verwaltungsvorschrift. Jede potentielle Beeinträchtigung der Aufgabenerledigung einer Behörde sowie deren interne und externe Auswirkungen stellen dabei ein Risiko dar.
3. Aufgabe der Innenrevision ist die Durchführung von plangemäßen oder anlassbedingten Rechtmäßigkeits- und Zweckmäßigkeitsprüfungen von Verwaltungshandlungen, insbesondere die Analyse von Schwachstellen. Die Qualität des Verwaltungshandelns im Geschäftsbereich soll durch Handlungsempfehlungen verbessert werden. Die Innenrevision prüft insbesondere, ob
 - a) die geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften (einschließlich interner Regelungen) eingehalten werden,

- b) die Zielvorgaben der Dienststellenleitung zweckmäßig umgesetzt und ordnungsgemäß erfüllt werden,
- c) die Grundsätze wirtschaftlichen Handelns gewahrt werden,
- d) die Vermögensgegenstände ausreichend gesichert sind,
- e) die internen Vorschriften zweckmäßig sind,
- f) das interne Kontrollsystem sowie die Informations- und Geschäftsprozesse zweckmäßig aufgebaut sind und zuverlässig arbeiten,
- g) die Vorgesetzten ihre Führungsfunktion einschließlich der Dienst- und Fachaufsicht ordnungsgemäß wahrnehmen,
- h) das interne Risikomanagementsystem funktionsfähig und zweckmäßig ist.

4. Die Innenrevision nimmt die präventive Korruptionsbekämpfung nach der Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung zur präventiven und repressiven Korruptionsbekämpfung in der staatlichen Verwaltung des Freistaates Sachsen (VwV Anti-Korruption) vom 11. Dezember 2015 (SächsABl. S. 1847), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 28. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S 238), wahr.

5. Die Feststellung der korruptionsgefährdeten Arbeitsplätze/Dienstposten sowie die Durchführung und Wiederholung der Gefährdungsanalysen nach Ziffer III der VwV Anti-Korruption erfolgen für das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz, die Digitalagentur Sachsen und das Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit durch die Innenrevision, für das Oberbergamt durch die von dort benannte Organisationseinheit.
Hiervon unberührt bleibt die Zuständigkeit für die Durchführung von Maßnahmen der präventiven Korruptionsbekämpfung nach Ziffer V. Nummer 1 der VwV Anti-Korruption.

III.

Informationsrecht

1. Die Innenrevision hat gegenüber dem Amtschef oder der Amtschefin ein unmittelbares mündliches und schriftliches Vortragsrecht.
2. Die Bediensteten des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz und dessen nachgeordneter Behörden können sich unmittelbar an die Innenrevision wenden.

IV. Arbeitspläne

Auf der Grundlage von Risikoanalysen wird ein Arbeitsplan erstellt. Dieser beschreibt den Prüfungszeitraum sowie die für diesen Zeitraum vorgesehenen Prüfungen nach Prüfungsgegenstand, zu prüfender Stelle und Prüfungsschwerpunkt. Der Arbeitsplan ist unmittelbar durch den Amtschef oder die Amtschefin zu bestätigen.

V. Verfahren

1. Grundlage für die Arbeit der Innenrevision bilden die aktuellen Standards und Vorgaben für die Arbeit von Revisionen. Die Innenrevision orientiert sich insbesondere an den Global Internal Audit Standards und an den Leitlinien der Information Systems Audit and Control Association, Inc. (ISACA).
2. Die einzelnen Prüfungen der Innenrevision erfolgen auf Grundlage eines schriftlichen Prüfauftrages. Diesen erteilt der Amtschef oder die Amtschefin.
3. Über angesetzte Prüfungen unterrichtet die Innenrevision die für den zu prüfenden Bereich zuständige Abteilungsleitung, bei Prüfungen im Oberbergamt, in der Digitalagentur Sachsen und im Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit auch die zuständige Dienststellenleitung. Dabei wird über Anlass und Zweck der Prüfung sowie über das weitere Vorgehen informiert.
4. Prüfungen können in begründeten Fällen unangemeldet durchgeführt werden. In diesen Fällen soll die zuständige Abteilungsleitung, in nachgeordneten Behörden die Dienststellenleitung unmittelbar vor dem Prüfungsbeginn unterrichtet werden.
5. Alle Behörden des Geschäftsbereichs und ihre Bediensteten sind verpflichtet, die Innenrevision in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Ziffer II umfassend zu unterstützen. Dies umfasst auch Auskünfte im Vorfeld der Erstellung von Risiko- und Gefährdungsanalysen sowie zur Einschätzung möglicher Prüfthemen (Voruntersuchungen und Stichproben). Die zur Durchführung von Prüfungen notwendigen Arbeitsmittel und Diensträume sowie geeignete Fachkräfte sind zur Verfügung zu stellen.
6. Der Innenrevision sind auf Anforderung alle Akten sowie sonstigen Unterlagen und Dateien, die für die Prüfung von Bedeutung sein können, unverzüglich gegen Quittung auszuhändigen beziehungsweise zur Verfügung zu stellen. Die Innenrevision ist darüber hinaus berechtigt, im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung Bedienstete des Geschäftsbereichs zu bestimmten Sachverhalten zu befragen und Auskünfte einzuholen.
7. Unterlagen der Innenrevision sind getrennt von anderen Vorgängen sicher aufzubewahren.

8. Die Innenrevision hat die geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere zum Datenschutz sowie die Verschlusssachenanweisung (VSA) und andere besondere Geheimhaltungsvorschriften zu beachten.
9. Der Verlauf einer Prüfung ist schriftlich festzuhalten.
10. Sobald im Rahmen von Prüfungen besondere Vorkommnisse eintreten, insbesondere falls der Fortgang gefährdet ist oder die Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden geboten erscheint, ist der Amtschef oder die Amtschefin unverzüglich zu unterrichten.
11. Weitergehende Vorgaben zur Arbeitsweise und Methodik der Innenrevision werden in einem Revisionshandbuch geregelt.

VI. Prüfungsergebnisse

1. Die Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die wesentlichen Sachverhaltsfeststellungen, Bewertungen sowie die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen, werden in einem Prüfbericht zusammengefasst.
2. Der Entwurf des Prüfberichts wird bei Prüfungen im Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz der zuständigen Abteilungsleitung, bei Prüfungen im Oberbergamt, in der Digitalagentur Sachsen und im Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit auch der zuständigen Dienststellenleitung, vor einer Abschlussbesprechung übersandt. Im Rahmen einer Abschlussbesprechung wird Gelegenheit gegeben, sich zu den Feststellungen zu äußern. Die Stellungnahmen, die auch schriftlich erfolgen können, werden in den Prüfbericht aufgenommen.
3. Der Prüfbericht wird bei Prüfungen im Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz dem Amtschef oder der Amtschefin, bei Prüfungen im Oberbergamt, in der Digitalagentur Sachsen und im Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit auch der zuständigen Dienststellenleitung mit einer Handlungsempfehlung vorgelegt.
4. Im Prüfbericht kann angeregt werden, dass zu einem späteren Zeitpunkt über die Umsetzung der Empfehlungen zu berichten ist.

VII. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Einrichtung und die Aufgaben einer Innenrevision im Geschäftsbereich (VwV-Innenrevision SMWA) vom 7. Februar 2022 (SächsABl. S. 224), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 21. November 2023 (SächsABl. Sdr. S. S 300), außer Kraft.

Dresden, den 13. Mai 2025

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
Dirk Panter

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds Plus im Förderzeitraum 2021 bis 2027

Vom 8. Mai 2025

Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF Plus) ist darauf ausgerichtet, Mitgliedstaaten und Regionen dabei zu unterstützen, einen hohen Beschäftigungsgrad, einen fairen Sozialschutz und qualifizierte und resiliente Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für die Arbeitswelt der Zukunft gerüstet sind, zu erreichen sowie inklusive und von Zusammenhalt geprägte Gesellschaften, die die Beseitigung der Armut anstreben und den Grundsätzen der proklamierten europäischen Säule sozialer Rechte genügen, zu schaffen.

Der ESF Plus wird im Rahmen des durch die Europäische Kommission genehmigten Programms des Freistaates Sachsen für den ESF Plus im Förderzeitraum 2021-2027 umgesetzt. Die Förderung erfolgt auf der Grundlage von ESF Plus Fachrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien im Rahmen folgender spezifischer Ziele:

- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung und Aktivierungsmaßnahmen für alle Arbeitssuchenden, insbesondere für junge Menschen, vor allem durch die Umsetzung der Jugendgarantie, für Langzeitarbeitslose und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen sowie von Nichterwerbspersonen, sowie durch die Förderung selbstständiger Erwerbstätigkeit und der Sozialwirtschaft;
- Förderung einer ausgewogenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, gleicher Arbeitsbedingungen sowie einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, unter anderem durch Zugang zu erschwinglicher Kinderbetreuung und zu Betreuungsleistungen für abhängige Personen;
- Förderung der Anpassung von Arbeitskräften, Unternehmen und Unternehmern an den Wandel, Förderung eines aktiven und gesunden Alterns sowie einer gesunden und angemessenen Arbeitsumgebung, die Gesundheitsrisiken Rechnung trägt;
- Verbesserung der Qualität, Inklusivität, Leistungsfähigkeit und Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, unter anderem durch die Validierung nichtformalen und informellen Lernens, um den Erwerb von Schlüsselkompetenzen, einschließlich unternehmerischer und digitaler Kompetenzen zu unterstützen, und durch die Förderung der Einführung dualer Ausbildungssysteme und von Lehrlingsausbildungen;
- Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner und beruflicher Bildung einschließlich des entsprechenden Abschlusses, insbesondere für benachteiligte Gruppen, von der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung über

die allgemeine Bildung und die berufliche Aus- und Weiterbildung bis hin zur höheren Bildung und Erwachsenenbildung, sowie Erleichterung der Lernmobilität für alle und der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen;

- Förderung der aktiven Inklusion mit Blick auf die Verbesserung der Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung und der aktiven Teilhabe sowie Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, insbesondere von benachteiligten Gruppen.

Die bereichsübergreifenden Grundsätze der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, der Gleichstellung der Geschlechter und der nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Charta der Grundrechte der EU gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 6 der Verordnung (EU) 2021/1057 sind im Förderverfahren bei der Umsetzung der Vorhaben im ESF Plus zu beachten.

Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB)

Gerberstraße 5

04105 Leipzig

Telefon: 0341 70292-0

E-Mail: servicecenter@sab.sachsen.de

Internet: www.sab.sachsen.de

Die SAB veröffentlicht auf der Grundlage der ESF Plus-Fachrichtlinien auf ihrer Internetseite Informationen zur Förderung, die in Förderbausteinen die jeweiligen Vorhabensbereiche näher erläutern. Informationen zur Beachtung der bereichsübergreifenden Grundsätze werden ebenfalls durch die Bewilligungsstelle veröffentlicht.

In den jeweiligen ESF Plus Fachrichtlinien wird das Verfahren der Auswahl der Vorhaben genauer geregelt. Möglich sind ein laufendes Antragsverfahren oder Verfahren mit Projektaufrufen beziehungsweise öffentlichen Bekanntmachungen (zum Beispiel im Sächsischen Amtsblatt oder auf der Internetseite der Bewilligungsstelle) mit Stichtagen. Das Auswahlverfahren kann einstufig oder zweistufig durchgeführt werden. Beim zweistufigen Auswahlverfahren werden in der Regel Vorhabensideen einer fachlich-inhaltlichen Vorprüfung unterzogen, bevor die eigentliche Antragsstellung erfolgt. Soweit im Förderverfahren vorgesehen, werden Stellungnahmen von Fachstellen dabei hinzugezogen.

Die Bewertung erfolgt anhand der nachfolgenden Kriterien:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
 - Ausgangssituation, Bedarf,
 - regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung
 - konkrete Zielbeschreibung
 - inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
 - Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmer
 - Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
 - Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
 - Beschreibung der Arbeitspakete
 - Beschreibung der Methoden
 - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
 - Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan, Lehrplan
 - Verantwortlichkeiten
 - Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
 - Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
 - Maßnahmen zur Qualitätssicherung
3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
 - Benennung zu erwartender Ergebnisse
 - Dokumentation der Ergebnisse
 - Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
 - Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
 - Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen

4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
 - Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)
 - Effektivität der Methoden der Zielerreichung
 - Anzahl der Teilnehmer/Projekte

Wenn die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung des bereichsübergreifenden Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung beitragen, können diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt werden.

Sofern eine positive Stellungnahme einer lokalen Arbeitsgruppe (LAG) zu Vorhaben, die der lokalen Entwicklung in den anerkannten LEADER-Gebieten dienen sollen, vorliegt, wird diese ebenfalls berücksichtigt.

Bei gleicher Bewertung mehrerer Vorhaben werden – soweit erforderlich – durch das Auswahlgremium weitere relevante Kriterien bei der Auswahl herangezogen, die sich aus den Spezifika der Vorhabensbereiche ergeben und dokumentiert werden.

Auf eine Förderung im Rahmen des ESF Plus Programms besteht kein Rechtsanspruch. Der Bewilligungsstelle obliegt die Entscheidung über die Auswahl der kofinanzierten Vorhaben. Dabei steht ihr, wo rechtlich möglich, ein Ermessen über die anzuwendenden Verfahren und Kriterien zu.

Potenzielle Antragsteller werden aufgefordert, sich bei der Bewilligungsstelle beraten zu lassen und je nach Freigabe der Antragstellung entsprechende Förderanträge einzureichen.

Diese regelmäßige Veröffentlichung dient der Umsetzung eines offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Auswahlverfahrens für den ESF Plus im Freistaat Sachsen.

Dresden, den 8. Mai 2025

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
Marth
Referatsleiterin

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses
für das Verkehrsbauvorhaben
„Bestandsnahe Gleiserneuerung Großenhainer Straße
zwischen Riesaer Straße und Trachenberger Platz“
Vom 28. April 2025

I.

Mit Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen vom 10. April 2025, Gz.: 32-0522/1232/16, ist der Plan für das oben genannte Vorhaben gemäß § 28 Absatz 1 des Personenbeförderungsgesetzes in Verbindung mit § 74 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes festgestellt worden.

II.

1. Da es sich um ein UVP-pflichtiges Vorhaben handelt, ist gemäß § 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung die Entscheidung über das Vorhaben öffentlich bekannt zu machen.
2. Je eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Planunterlagen in der Zeit

vom 10. Juni 2025 bis einschließlich 24. Juni 2025

bei der **Landeshauptstadt Dresden, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Ammonstraße 70, 01067 Dresden (World Trade Center), Ausstellungsraum (Erdgeschoss)** während der Dienststunden aus:

Montag, Mittwoch, Freitag 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Dienstag, Donnerstag 9:00 Uhr bis 18:00 Uhr

während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

3. Der Planfeststellungsbeschluss wird denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, und den Vereinigungen, über deren Stellungnahme entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).
4. Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit Ende der Auslegungsfrist allen übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).
5. Der Planfeststellungsbeschluss und die planfestgestellten Planunterlagen können auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lidsachsen.de/bekanntmachung> in der Rubrik „Infrastruktur/Straßenbahnen“ sowie im UVP-Portal unter <https://www.uvp-verbund.de/> eingesehen werden. Für die Vollständigkeit und Übereinstimmung der im Internet veröffentlichten Unterlagen mit den amtlichen Auslegungsunterlagen wird keine Gewähr übernommen.

Der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgeblich.

III.

Gegenstand des Vorhabens

Das Bauvorhaben liegt innerhalb des Stadtgebietes von Dresden im Stadtbezirk Dresden-Pieschen. Es ist Teil der von der Vorhabenträgerin geplanten bestandsnahen Gleiserneuerung auf der Großenhainer Straße im Bereich zwischen Trachenberger Platz und Conradstraße, welche in drei Bauabschnitten erfolgen soll.

Der hier planfestgestellte Bauabschnitt beginnt am Trachenberger Platz, erstreckt sich weiter über die Heidestraße und Zeithainer Straße und endet am Pestalozziplatz in Höhe der nach Nordwesten abzweigenden Riesaer Straße, wobei der Umbau der Haltestelle Zeithainer Straße von der Planung mitumfasst ist. Am Trachenberger Platz und am Pestalozziplatz erfolgt eine Anpassung an den Bestand. Der Bauabschnitt hat eine Länge von insgesamt circa 690 m.

Mit der bestandsnahen Gleiserneuerung werden zum einen die zum Teil stark verschlissenen Schienen sowie die auf einem Großteil der Strecke befindlichen Gleiseindeckplatten aus Beton ausgetauscht, welche bereits zahlreiche Schäden aufweisen. Die Oberflächen im Gleisbereich werden mit Asphalt ersetzt. Gleichzeitig erfolgt die Trassierung der Gleise mit einem erweiterten Regelgleisabstand von 3,00 m, um künftig den Einsatz eines breiteren Stadtbahnwagens zu ermöglichen. Zur Verbesserung der Zugänglichkeit zum ÖPNV erfolgt der barrierefreie Ausbau der vorhandenen Haltestelle Zeithainer Straße.

Neben dem Ausbau der Bahntrasse ist eine Instandsetzung der Fahrbahn neben dem Gleisbereich in Form einer Deckschichtenerneuerung geplant. Da im Bauabschnitt bislang keine durchgängigen Radverkehrsanlagen vorhanden sind, soll auf der vorhandenen Fahrbahn die Einrichtung von durchgängigen Radfahrstreifen erfolgen.

Mit dem grundhaften Ausbau der Gleise werden auch die technischen Ausrüstungen der Fahrleitungsanlage und der öffentlichen Beleuchtung sowie die Fußgänger-Lichtsignalanlage an der Heidestraße erneuert.

Vom Vorhaben umfasst sind zudem weitere Anpassungsmaßnahmen, zum Beispiel an Trinkwasser- und Gasleitungen, Bahnstromanlagen, Anlagen der Deutschen Telekom und Haltestellen-Elt-Ausrüstung. Vorgesehen sind auch

Neuverlegungen von Fernmelde- und Fernwärmanlagen sowie Mittel- und Niederspannungsleitungen.

Die Maßnahmen bedingen eine teilweise Fällung von Straßenbäumen. Als Ausgleich für Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sieht die Planung verschiedene Kompensationsmaßnahmen vor, unter anderem die Ausgleichsmaßnahme Rekultivierung bauzeitlich beanspruchter, voll- und teilversiegelter Flächen sowie als Ersatzmaßnahmen Baumneupflanzungen, die Erweiterung von Baumscheiben sowie die Teilentsiegelung von Verkehrsflächen.

IV.

Der Planfeststellungsbeschluss beinhaltet die Feststellung des Plans. Zudem enthält er Nebenbestimmungen, insbesondere zu Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege, des Bodens und der Abfallwirtschaft und Altlasten sowie des Immissionsschutzes, zu den Belangen des Denkmalschutzes und zu sonstigen öffentlichen und privaten Belangen. Der Vorhabenträgerin gegenüber wurden Auflagen erteilt. Damit darf das Bauvorhaben entsprechend dem verfügbaren Teil des Planfeststellungsbeschlusses umgesetzt werden.

Der Planfeststellungsbeschluss schließt aufgrund der Konzentrationswirkung der Planfeststellung gemäß § 75 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes auch die Entscheidung über die Eingriffe in Natur und Landschaft, die Genehmigung nach dem Denkmalschutzrecht sowie die wasserrechtlichen Erlaubnisse und Genehmigungen mit ein.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden. Der Beschluss ist sofort vollziehbar.

Die in den Planunterlagen enthaltenen Grunderwerbsunterlagen enthalten aus Datenschutzgründen keine Angaben über Namen und Anschriften der Grundeigentümer. Betroffenen Grundeigentümern wird von der auslegenden Stelle oder der Planfeststellungsbehörde auf Anfrage Auskunft über die von dem Vorhaben betroffenen eigenen Grundstücke gegeben.

Dresden, den 28. April 2025

Landesdirektion Sachsen
Staude
Vizepräsidentin

V. Rechtsbehelfsbelehrung

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Beschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung Klage beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht, Ortenburg 9, 02625 Bautzen (Postanschrift: Sächsisches Obergerverwaltungsgericht, Postfach 44 43, 02634 Bautzen) erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann nach Maßgabe der §§ 55a und 55d der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung auch elektronisch erhoben werden.

Hinweis: Seit dem 1. Januar 2022 muss der in § 55d der Verwaltungsgerichtsordnung genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Der Kläger hat innerhalb einer Frist von zehn Wochen die zur Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben. Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, können durch das Gericht zurückgewiesen werden. Der angefochtene Planfeststellungsbeschluss soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden.

Der Kläger muss sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Welche Bevollmächtigten dafür zugelassen sind, ergibt sich aus § 67 der Verwaltungsgerichtsordnung.

Die Anfechtungsklage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss hat keine aufschiebende Wirkung. Ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht gestellt werden. Der Antrag ist innerhalb dieser Frist auch zu begründen.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Absage des Erörterungstermins
im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz
zum Antrag auf Errichtung und Betrieb einer Halbleiterfabrik
(1. Teilgenehmigung) der Firma
European Semiconductor Manufacturing Company (ESMC) GmbH
am Standort Robert-Bosch-Ring, 01109 Dresden**

Gz.: 44-8431/2825

Vom 9. Mai 2025

Mit der Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 14. Februar 2025 (veröffentlicht am 27. Februar 2025 unter anderem im Sächsischen Amtsblatt Nummer 9/2025) wurde für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung ein Erörterungstermin für das Vorhaben zur Errichtung und dem Betrieb einer Halbleiterfabrik (1. Teilgenehmigung) der Firma European Semiconductor Manufacturing Company (ESMC) GmbH am Standort Robert-Bosch-Ring, 01109 Dresden, für den 27. und 30. Mai 2025 angekündigt.

Der Erörterungstermin in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden **findet nicht statt.**

Gemäß § 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist, findet ein Erörterungstermin nicht statt, wenn die erhobenen Einwendungen nach der Einschätzung der Behörde keiner Erörterung bedürfen.

Diese Bekanntmachung ist bis zum 30. Mai 2025 auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/einsehbar>.

Dresden, den 9. Mai 2025

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur wesentlichen Änderung des Stahl- und Walzwerkes
einschließlich Nebenanlagen der Firma
ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH
am Standort 01591 Riesa, Gröbaer Straße 3**

Gz.: 44-8431/2402

Vom 13. Mai 2025

Die Landesdirektion Sachsen hat der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH in 01591 Riesa, Gröbaer Straße 3, mit Datum vom 13. Mai 2025 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung des Stahl- und Walzwerkes einschließlich Nebenanlagen durch die Errichtung eines neuen, zweiten Warmwalzwerkes ohne Steigerung der bereits genehmigten Jahreskapazität inklusive Nebenanlagen (insbesondere des Pumpwerks III), die Optimierung der Verkehrslogistik auf dem Betriebsgelände der ESF und den Einsatz neuer Stoffe im bestehenden Pumpwerk II am Standort 01591 Riesa, Gröbaer Straße 3, mit folgendem verfügenden Teil, erteilt.

**I
Entscheidung**

- 1** Der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH, Gröbaer Straße 3, 01591 Riesa, wird auf ihren Antrag zur wesentlichen Änderung gemäß § 16 und § 8a BImSchG i. V. m. § 1 der 4. BImSchV und den Ziffern 3.2.2.1, 3.6.1.1, 3.22.1, 8.11.2.2, 8.12.3.1 und 8.15.3 des Anhangs 1 dieser Verordnung die

**immissionsschutzrechtliche
Änderungsgenehmigung**

zur wesentlichen Änderung des Stahl- und Walzwerkes in 01591 Riesa, Gröbaer Straße 3, Gemarkung Gröba, Flur Riesa, Flurstücke Nr. 188/28, 188/29, 234/5, 544/10, 544/36, 161/86, 161/73 und 161/102 erteilt.

- 2** Das Vorhaben umfasst die folgenden Maßnahmen:
- Errichtung und Betrieb eines zweiten Warmwalzwerkes (Warmwalzwerk B)
 - Teilprojekt A: Knüppelrollgang mit Knüppelübergabe und Transport der Knüppel auf einem Transportrollgang
 - Teilprojekt B-C: Errichtung und Betrieb des Walzwerk B mit Hallenanbau an die Drahthalle und Durchführung zur Drahthalle
 - Teilprojekt D: Errichtung einer Spoolerhalle mit Adjustage und Versand
 - Teilprojekt E: Errichtung und Betrieb des Pumpwerks III
 - Optimierung der Verkehrslogistik auf dem Betriebsgelände der ESF
 - Einsatz neuer Stoffe im bestehenden Pumpwerk II
- 3** Bestandteil dieser Entscheidung sind die in Abschnitt II aufgeführten entscheidungserheblichen Unterlagen sowie die in Abschnitt III gefassten Nebenbestimmungen.

- 4** Diese Genehmigung schließt gemäß § 13 BImSchG folgende Entscheidungen mit ein:

4.1 Baugenehmigungen

4.1.1 Baugenehmigungen nach § 72 i. V. m. § 64 und § 2 Absatz 4 Nummer 3 SächsBO für folgende Teilprojekte (Az.: BA/0049/2022):

- Teilprojekt A – Neubau eines Knüppelrollganges
- Teilprojekt B-C – Neubau Halle Warmwalzwerk sowie Umbau Drahthalle
- Teilprojekt D – Teilabbruch einer Stahlhalle und Neubau einer Spoolerhalle mit einem Verbindungsbau zur bestehenden Drahthalle
- Teilprojekt E – Pumpwerk III mit Wasseraufbereitung:
 - Gebäude für Technik, Wasseraufbereitung und Druckluftanlage
 - Längsklärbecken
 - Filterhalle
 - Kühlwasserbecken
 - Schlammmeindicker
 - Ersatzfahrbahn neues Walzwerk B – Straße A

4.1.2 Tektur der Baugenehmigungen nach § 72 i. V. m. § 64 und § 2 Absatz 4 Nummer 3 SächsBO für die Teilprojekte A, B-C und D (Aa.: BA/0049/2022)

4.1.3 Zulassung von Abweichungen gemäß § 67 Absatz 1 Satz 1 SächsBO:

- Teilprojekt A – Neubau eines Knüppelrollganges:
Zulassung der Überschreitung der maximal zulässigen Rettungsweglänge von 100 m auf eine maximale Rettungsweglänge von 105 m entlang des Knüppelrollgangs.
- Teilprojekt B-C – Neubau Halle Warmwalzwerk sowie Umbau Drahthalle:
Zulassung der Überschreitung der maximal zulässigen Größe einer Brandbekämpfungsabschnittsfläche.
- Teilprojekt D – Teilabbruch einer Stahlhalle und Neubau einer Spoolerhalle mit einem Verbindungsbau zur bestehenden Drahthalle:
Zulassung der Überschreitung der maximal zulässigen Fläche der Walzwerkbühne in der Spoolerhalle.

- Teilprojekt E – Pumpwerk III mit Wasseraufbereitung:
Zulassung des gemeinsamen Brandabschnitts von Filterhalle, Druckluftgebäude und Technikgebäude unter Überschreitung der maximal zulässigen Länge von 40 m und der maximal zulässigen Fläche von 1600 m² eines Brandabschnittes mit den äußeren Abmessungen im Grundriss von 63,4 m x 32,0 m und einer Brandabschnittsfläche von ca. 1.766 m².

4.2 Genehmigung zum Einleiten von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen (Indirekteinleitung) gemäß § 58 WHG

- ##### 4.2.1
- Der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH wird die wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 58 WHG zum Einleiten von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen (Indirekteinleitung) unter Einhaltung der im Folgenden aufgeführten Inhaltsbestimmungen, der Nebenbestimmungen im Abschnitt III und der Hinweise in Abschnitt X erteilt.

4.2.2 Örtliche Lage

4.2.2.1 Betrieb

Objekt/Firma	ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH
	Gröbaer Str. 3
	01591 Riesa
Bundesland	Freistaat Sachsen

4.2.2.2 Abwasseranfallstellen

Bezeichnung	Kühl- und Speichersystembecken	Klär- und Filtersystembecken (Längsbecken)
Gemarkung	Gröba	Gröba
Flurstück	161/73	161/73
Nordwert*	380344	380342
Ostwert*	5686031	5686032

* Amtliches Lagereferenzsystem ETRS89_UTM33

4.2.2.3 Übergabestelle in den öffentlichen Schmutzwasserkanal, welcher in die öffentliche Abwasserbehandlungsanlage führt

Die Einleitung des Absalzwassers aus der Kühlwasserbereitstellung der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH in den öffentlichen Schmutzwasserkanal der Stadt Riesa, der in die öffentliche Abwasserbehandlungsanlage des Zweckverband Abwasserbeseitigung Oberes Elbtal Riesa führt, erfolgt an folgender Stelle:

Bezeichnung der Übergabestelle	Übergabeschacht S 14
Gemarkung	Gröba
Flurstück	161/73
Nordwert*	380270
Ostwert*	5686101
Bundesland	Sachsen
Genutzter Kanal	Schmutzwasserkanal der Stadt Riesa
Betreiber Kanalnetz	Stadt Riesa
Betreiber Kläranlage	Zweckverband Abwasserbeseitigung Oberes Elbtal

* Amtliches Lagereferenzsystem ETRS89_UTM33

4.2.3 Art des anfallenden Abwassers

Art des Abwassers	Absalzwasser aus Kühlwasserbereitstellung,
Herkunftsbereiche gemäß AbwV	Anhang 29 Nr. 6 (Strangguss, Warmumformung)

4.2.4 Art und Umfang der Einleitung

Art der Einleitung	diskontinuierlich
Maximale Einleitmenge	371 m ³ /d; 71500 m ³ /a

4.2.5 Probenahmestelle für die behördliche Überwachung und Eigenkontrolle

Bezeichnung	Ablauf aus Kühl- und Speichersystembecken und Längsbecken (vor dem Schacht S 14)
Gemarkung	Gröba
Flurstück	161/73
Nordwert*	380340
Ostwert*	5686039

* Amtliches Lagereferenzsystem ETRS89_UTM33

4.2.6 Anforderungen an das Abwasser

4.2.6.1 Folgende Anforderungen sind an der in Punkt I.4.2.5 benannten Probenahmestelle einzuhalten:

Parameter	Anforderungen [mg/l]	Probenahmeart
Chrom, gesamt	0,5	gSP
Nickel	0,5	gSP
Zink	2,0	gSP

4.2.6.2 Das Abwasser darf keine organischen Komplexbildner enthalten, die einen DOC-Abbaugrad nach 28 Tagen von 80 Prozent entsprechend dem Verfahren nach Anlage 1 Nummer 406 der AbwV nicht erreichen. Zudem darf es keine organisch gebundenen Halogene enthalten, die aus Löse- und Reinigungsmitteln stammen.

4.2.6.3 Für die in I.4.2.6.1 genannten Parameter sind die aufgeführten Probenahmearten sowie die Analysen- und Messverfahren gemäß Anlage 1 zu § 4 AbwV in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Wird ein Wert überschritten, gilt er dennoch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der behördlichen Kontrolle durchgeführten Überprüfungen in vier Fällen den jeweils maßgebenden Wert nicht überschreiten und kein Ergebnis den Wert um mehr als 100 Prozent übersteigt. Überprüfungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

4.2.7 Umfang der Eigenkontrolle nach Anhang 3 EigenkontrollVO

Parameter	Häufigkeit
Abwasservolumenstrom	täglich
Chrom, gesamt	wöchentlich
Nickel	wöchentlich
Zink	wöchentlich

4.3 Eignungsfeststellung nach § 63 WHG**4.3.1** Erteilung der Eignungsfeststellung gemäß § 63 WHG für die Errichtung der Lageranlagen „Nalco 93033“ – ausgeführt als 2-Kammer-Regalcontainer I und II – im Bereich Pumpwerk III (außerhalb des Gebäudes Pumpwerk III)
Für die Lageranlagen „Nalco 93033“ (im Bereich Pumpwerk III: außerhalb des Gebäudes Pumpwerk III) bestehend aus zwei baugleichen 2-Kammer-Regalcontainern (I + II) vom Typ CEH (mit Regalen aus Stahl) mit

- einer Auffangwanne aus Stahl (abZ Z-38.5-103) mit Inliner aus PE 100 (HDPE) und einem Volumen von 1 m³ pro Kammer,
- eines in der Auffangwanne integrierten Leckageerkennungssystems mit Leckagesonde vom Typ MAXIMAT LW C mit eingebautem Messumformer (abZ Z-65.40-496) pro Kammer, wobei ein optischer und akustischer Alarm ausgelöst wird, wenn Flüssigkeiten aus dem IBC in die Auffangwanne gelangen sowie
- Streifenfundamenten aus Stahlbeton pro Regalcontainer,

wobei nur eine Kammer pro Regalcontainer zur Lagerung von „Nalco 93033“ verwendet wird, wird die wasserrechtliche Eignung unter dem Vorbehalt des Widerrufs und nach Maßgabe der aufgeführten Nebenbestimmungen III. 4.2.2 und der in Punkt X.4.2.3 dargelegten Hinweise festgestellt.

4.3.2 Erteilung der Eignungsfeststellung gemäß § 63 WHG für die Errichtung der Lageranlagen „Dilurit Cat“ – ausgeführt als 2-Kammer-Regalcontainer I und II – im Bereich Pumpwerk II (außerhalb des Gebäudes Pumpwerk II)
Für die Lageranlagen „Dilurit Cat“ (im Bereich Pumpwerk II: außerhalb des Gebäudes Pumpwerk II) bestehend aus zwei baugleichen 2-Kammer-Regalcontainern (I + II) vom Typ CEH (mit Regalen aus Stahl) mit

- einer Auffangwanne aus Stahl (abZ Z-38.5-103) mit Inliner aus PE 100 (HDPE) und einem Volumen von 1 m³ pro Kammer,
- eines in der Auffangwanne integrierten Leckageerkennungssystems mit Leckagesonde vom Typ MAXIMAT LW C mit eingebautem Messumformer (abZ Z-65.40-496) pro Kammer, wobei ein optischer und akustischer Alarm ausgelöst wird, wenn Flüssigkeiten aus dem IBC in die Auffangwanne gelangen sowie
- Streifenfundamenten aus Stahlbeton pro Regalcontainer,

wobei nur eine Kammer pro Regalcontainer zur Lagerung von „Dilurit Cat“ verwendet wird, wird die wasserrechtliche Eignung unter dem Vorbehalt des Widerrufs und nach Maßgabe der aufgeführten Nebenbestimmungen III. 4.2.2 und der in Punkt X. 4.2.3 dargelegten Hinweise festgestellt.

4.4 Wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 55 Absatz 2 SächsWG zum Bau und Betrieb einer Regenwasserzisterne**4.4.1** Der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH wird für die Errichtung und den Betrieb der Regenwasserzisterne als erdeingebauter Behälter aus Stahlbetonfertigteilen mit einem Speichervolumen von 350 m³

unter Maßgabe der folgenden Inhaltsbestimmungen:

- örtliche Lage der Abwasseranlage:
- Land: Freistaat Sachsen
 - Landkreis: Meißen
 - Gemeinde/Ortsteil: Riesa/Gröba
 - Straße: Gröbaer Straße
 - Gemarkung: Gröba
 - Flurstück: 161/73
 - Ostwert*: 380287
 - Nordwert*: 5686083

* Amtliches Lagereferenzsystem ETRS89_UTM33

die wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 55 SächsWG erteilt.

4.4.2 Auf die wasserbehördliche Abnahme gemäß § 106 Absatz 3 SächsWG wird verzichtet. Die Anzeigepflichten zum Beginn und Ende der Ausführung gemäß § 106 Absatz 2 SächsWG bleiben davon unberührt.**4.5** Entscheidung zum Treibhaus-Emissionshandelsgesetz (TEHG)

Das neu beantragte Warmwalzwerk B wird der Emissionsgenehmigung nach § 4 TEHG des bestehenden Warmwalzwerks A mit dem DEHSt-Aktenzeichen 14226-0056 zugeordnet.

5 Für diese Entscheidung wird die sofortige Vollziehung gemäß § 80a Absatz 1 Nummer 1 i. V. m. § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO angeordnet.**6** Die Kosten dieser Entscheidung trägt die ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH.**7** Für diese Entscheidung wird eine Gebühr in Höhe von [REDACTED] EUR festgesetzt.

Die Kosten sind binnen eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides unter Angabe des Verwendungszweckes zu zahlen an:

Kontoinhaber: Hauptkasse des Freistaates Sachsen
Bezeichnung: Deutsche Bundesbank
BIC: MARK DEF1 860
IBAN: DE22 8600 0000 0086 0015 22
Verwendungszweck: [REDACTED]

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form bei der Landesdirektion Sachsen, Altkemnitzstraße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Widerspruch eingelegt werden. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 2. Juni 2025 bis einschließlich 16. Juni 2025

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Abteilung Umweltschutz, Zimmer 4090, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden:

Montag/Mittwoch	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag/Donnerstag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse: <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Ge-

setzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 58) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lids.sachsen.de, angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz und der Seite des UVP-Verbundes unter <https://www.uvp-verbund.de/portal/> bekannt gemacht.

Dresden, den 13. Mai 2025

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zur Entstehung der „FUS-Stiftung“**

Gz.: 20-2245/797

Vom 23. April 2025

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 15. April 2025 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 10. März 2025 errichtete „FUS-Stiftung“ mit Sitz in Eilenburg/Sachsen als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts entstanden.

Zweck der Stiftung ist die Förderung und Unterstützung des Stifters und seiner Abkömmlinge.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Leipzig, den 23. April 2025

Landesdirektion Sachsen
Rossmannith
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften
Bekanntmachung
des Landratsamtes Vogtlandkreis
über die Genehmigung der 1. Änderung der Satzung des
Planungszweckverbandes „Industrie- und Gewerbegebiet
Autobahnanschlußstelle Reichenbach/Vogtl.“ vom 16. April 2025
Vom 22. April 2025

Das Landratsamt Vogtlandkreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde über den Planungszweckverband „Industrie- und Gewerbegebiet Autobahnanschlußstelle Reichenbach/Vogtl.“ mit Bescheid vom 22. April 2025 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 und § 26 Absatz 3 in Verbindung mit § 74 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar

2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Verbandsversammlung am 20. März 2025 beschlossene 1. Änderung der Satzung des Planungszweckverbandes „Industrie- und Gewerbegebiet Autobahnanschlußstelle Reichenbach/Vogtl.“ vom 16. April 2025 genehmigt.

Die 1. Änderungssatzung wird nachstehend bekannt gemacht.

Plauen, den 22. April 2025

Landratsamt Vogtlandkreis
Hennig
Landrat

1. Änderung
der Satzung des Planungszweckverbandes
„Industrie- und Gewerbegebiet Autobahnanschlußstelle
Reichenbach/Vogtl.“

Auf der Grundlage des § 61 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist hat die Verbandsversammlung des Planungszweckverbandes „Industrie- und Gewerbegebiet Autobahnanschlußstelle Reichenbach/Vogtl.“ am 20.03.2025 folgende 1. Änderung der Verbandsatzung vom 01.07.2022 beschlossen:

Artikel 1
Änderung der Satzung

Die Satzung des Planungszweckverbandes „Industrie- und Gewerbegebiet Autobahnanschlußstelle Reichenbach/Vogtl.“ vom 01.07.2022, veröffentlicht im Sächs. Amtsblatt vom 29.09.2022, wird wie folgt geändert:

[1] § 17 Absatz 2 erhält folgende neue Fassung:

„Die Betriebs- und Investitionskostenumlagen werden für jedes Haushaltsjahr in der Haushaltssatzung festgesetzt. Maßgebend dabei ist der Vor- bzw. Nachteilsausgleich gemäß § 21 dieser Satzung.“

[2] § 18 Absatz 1 erhält folgende neue Fassung:

„Die anderweitig nicht gedeckten Kosten des Zweckverbandes werden durch eine jährliche Betriebskostenumlage aufgebracht, deren Höhe sich aus der Haushaltssatzung ergibt.“

[3] § 24 Absatz 1 erhält folgende neue Fassung:

„Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes werden durch elektronische Ausgabe im elektronischen Amtsblatt des Planungszweckverbandes „Amtliche Bekanntmachungen des Planungszweckverbandes „Industrie- und Gewerbegebiet Autobahnanschlußstelle Reichenbach/Vogtl.“ auf der Internetseite der Stadt Reichenbach im Vogtland, unter www.reichenbach-vogtland.de/stadt-buerger/amtliche-bekanntmachungen/, veröffentlicht unter der Rubrik (Amtliche Bekanntmachungen PIA) soweit nicht Ersatzbekanntmachung zulässig und angeordnet ist.“

[4] Im § 24 Abs. 4 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Soweit bundes- und landesrechtliche Vorschriften eine zusätzliche Veröffentlichung des Inhalts der Bekanntmachung im Internet vorschreiben, erfolgt die Bekanntmachung auf der Internetseite (www.reichenbach-vogtland.de).

de/stadt-buerger/amtliche-bekanntmachungen/) unter der Rubrik (Amtliche Bekanntmachungen PIA).“

[5] **§ 25 Absatz 1 erhält folgende neue Fassung:**

„Die in gesetzlichen Vorschriften vorgesehene ortsübliche Bekanntgabe erfolgt, sofern bundes- oder landesrechtlich nichts anderes bestimmt ist, entsprechend § 24 Abs. 1 dieser Verbandssatzung. Ausgenommen davon sind ortsübliche Bekanntgaben gemäß § 36 Abs. 4 SächsGemO. Diese erfolgen online im Ratsinformationssystem ALLRIS der Stadt Reichenbach im Vogtland, erreichbar unter dem Link https://rat.reichenbach-vogtland.de/bi/do011_x.asp?PALFDNR=3.“

[6] **§ 25 Absatz 4 erhält folgende neue Fassung:**

„Ergänzend kann ein Hinweis durch Anschlag an den nachstehenden Verkündungstafeln erfolgen:

- am Rathaus der Stadt Reichenbach im Vogtland, Markt 1, 08468 Reichenbach im Vogtland
- am Rathaus der Stadt Lengenfeld, Hauptstraße 1, 08485 Lengenfeld und
- an der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Heinsdorfergrund Reichenbacher Straße 173, 08468 Heinsdorfergrund.

Der Anschlag erfolgt in vollem Wortlaut während der Dauer von mindestens 3 Tagen.“

**Artikel 2
Inkrafttreten**

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung und der Genehmigung der Änderungssatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

Reichenbach im Vogtland, den 16.04.2025

Henry Ruß
Verbandsvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485 260
Telefax: 0351 485 2661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

22. Mai 2025

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 244,54 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 62,77 Euro Postversand) bzw. 142,19 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 6,53 Euro zzgl. 3,67 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797 CLASSIC+4 Pressepost **Deutsche Post** 